

Kurfürst Maximilian Gymnasium Burghausen

Facharbeit

Bündnis 90/ Die Grünen - Die Entwicklung einer Partei.

Autor: Stefan Deser - K 13

Fachbetreuer: Oberstudienrat Michael Kinzel

Gliederung

1 Einleitung: Nach der Bundestagswahl 2002

2 Überblick über die Geschichte

2.1 Die gesellschaftlichen Wurzeln der Grünen

2.1.1 Gesellschaftskritik und Studentenbewegung

2.1.2 »Neue Soziale Bewegungen«

2.1.2.1 Friedensbewegung

2.1.2.2 Frauenbewegung (Ergebnis eines Wertewandels)

2.2 Die Entstehung der Grünen Partei

2.2.1 Vorgeschichte (1977 – 79)

2.2.2 Die ersten Jahre (1979 – 83)

2.2.3 Regieren? Streit der Strömungen (1984 – 90)

2.2.4 Wahldebakel 1990

2.2.5 Der Weg zu Bündnis 90/ Die Grünen (1991 – 93)

2.2.6 Wahlerfolge und Misserfolge (1994 – 98)

2.2.7 Regierungsbeteiligung auf Bundesebene (1999 – 2004)

3 Charakteristik der Partei »Bündnis 90/ Die Grünen«

3.1 Das grüne Verständnis der Parteiorganisation

3.1.1 Die grüne Besonderheiten

3.1.2 Probleme der grünen Besonderheiten

3.2 Innerparteiliche Strömungen

3.2.1 Die Geschichte der grünen »Grabenkämpfe« bis 1987

3.2.2 Die Realos

3.2.3 Die Fundis

3.2.4 Die Geschichte der grünen »Grabenkämpfe« ab 1987

3.2.5 Die zweite Generation

3.3 Der Wandel in den grünen Grundsatzprogrammen

3.3.1 Das »Bundesprogramm« von 1980

3.3.2 Der »Grundkonsens« von 1993

3.3.3 »Die Zukunft ist grün«: Das neue Parteienprogramm von 2002

4 Schluss: Notwendigkeit politischer Flexibilität?

Bedeutung der Grünen für Deutschlands politisches System

5 Bibliographie

1 Einleitung: Nach der Bundestagswahl 2002

Erst spät in der Nacht des 22. September 2002 stand es endgültig fest: Die rot-grüne Bundesregierung hatte sich nach vier durchaus wechselhaften Jahren an der Macht noch einmal knapp behaupten können.

»Der grüne Parteichef Joschka Fischer am Rednerpult in der SPD-Parteizentrale – das hat es noch nie gegeben. Doch Gerhard Schröder konnte und wollte in der Nacht zum Montag nicht anders, als „in diesen heiligen Hallen der Sozialdemokraten einem Grünen das Wort zu erteilen.“¹

Es war ein durchaus symbolträchtiges Bild, das da zu später Stunde in deutschen Wohnzimmern über die Bildschirme flimmerte: »Denn ohne deren Wahlerfolg [...] würde es den roten Regenten demnächst nicht mehr geben. „Ein bisschen mehr hätte es ruhig sein können“, so Schröder mit Blick auf das eigene Abschneiden, das der alte und neue Außenminister mit sanfter Ironie begleitete: „Du gestattest, dass ich das etwas anders sehe.“¹

Anders als bei der Bundestagswahl 1998, bei der der Wahlsieg eindeutig der SPD und insbesondere ihrem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder zugerechnet werden konnte, wäre bei der Bundestagswahl des Jahres 2002 der Machterhalt ohne den kleineren Koalitionspartner kaum möglich gewesen. Bündnis 90/ Die Grünen erzielten mit 8,6 Prozent der Zweitstimmen das beste Bundestagswahlergebnis ihrer über zwanzigjährigen Geschichte; sie konnten die Stimmenverluste der SPD dadurch nahezu kompensieren und »für die Fortsetzung von Rot-Grün reichte es – wenn auch nur knapp. Die Regierung verfügt über eine absolute Mehrheit von fünf Sitzen.«¹

Wie sich aber die ehemals grüne »Anti-Parteien-Partei« der Gründungszeit soweit hat wandeln können, dass sie sich nun schon zum zweiten Mal auf Bundesebene an einer Regierungskoalition beteiligt, wie sie aus ihren gesellschaftlichen Wurzeln zur Partei erstand, wie die Parteiorganisation strukturiert war und ist, welche innerparteilichen Strömungen die Grünen prägten und wie sich die Grundwerte der grünen programmatischen Schriften verlagert haben, stellt den Inhalt dieser Facharbeit dar.

2 Überblick über die Geschichte

2.1 Die gesellschaftlichen Wurzeln der Grünen

2.1.1 Gesellschaftskritik und Studentenbewegung

Die gesellschaftlichen Wurzeln der »Grünen« reichen weit in den Zeitraum vor ihrer offiziellen Gründung im Jahr 1980 hinaus. Diese ist das Ergebnis von Erfahrungen und Entwicklungen, die bis in die 1960er Jahre zurückreichen, als die Ruhe der Nachkriegszeit (Ära Adenauer/ Wirtschaftswunder) durch neue gesellschaftliche Strömungen stark aufgewühlt wurde.

Vor allem die Studenten erlebten die Gesellschaft als »spießig« und wenig reformfreudig. Man vermisste eine offene und schonungslose Aufarbeitung der NS-Zeit durch die Generation der

¹ DER SPIEGEL, Wahlsonderheft '02, 24.9.2002, Seite 8

Eltern, deren Interessen – wie die der Politik – aber primär wirtschaftlichen Zielen wie Wohlstand und Wachstum galten. Zudem war eine deutliche Rechtsverschiebung des politischen Spektrums in der BRD zu beobachten².

Als 1966 eine Große Koalition aus den beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD unter Kurt Georg Kiesinger entstand, fürchteten die Studenten um das reale Fortbestehen der Demokratie, da keine ernstzunehmende Opposition der Funktion der Regierungskontrolle gerecht werden konnte. Aus dieser Befürchtung heraus entwickelte sich die so genannte »Außerparlamentarische Opposition« (APO), die sich ausdrücklich gegen die etablierten Parteien und das parlamentarische System richtete. In deren allgemeinem Widerstand gegen die mangelnde Demokratisierung der bundesdeutschen Gesellschaft galt ihr Kampf konkret vor allem der geplanten Notstandsgesetzgebung³. Gemeinsam mit den Gewerkschaften glaubte man tief greifende Veränderungen in der bundesdeutschen Gesellschaft herbeiführen zu können.

Geistig wurden die Studenten der APO hauptsächlich durch die Frankfurter Schule um Max Horkheimer, Theodor Adorno sowie auch Herbert Marcuse beeinflusst: Dessen 1967 veröffentlichtes Buch »Der eindimensionale Mensch« wurde *die* zentrale programmatische Schrift. Die darin vertretene These, im kapitalistischen Wirtschaftssystem könnten zwar dank immer neuer Technologien die anfallenden Krisen bewältigt werden, jedoch nur um den Preis der Manipulation und des Konformismus, ist typisch für das marxistisch geprägte Denken der Bewegung zu sehen.

Den organisatorischen Kern der Studentenbewegung bildete der »Sozialistische Deutsche Studentenbund« (SDS) – ursprünglich Studentenverband der SPD – dessen Vorsitzender 1965 Rudi Dutschke wurde. Als im Juni 1967 der Schah von Persien Berlin besuchte und Studenten gegen die Unterdrückung der Opposition und die Einschränkung der Menschenrechte im Iran demonstrierten, erschoss ein Polizist den Studenten Benno Ohnesorg. In den Folgemonaten kam es zu einer Reihe gewalttätiger Ausschreitungen zwischen demonstrierenden Studenten und der Polizei – Berlin war in eine Art Ausnahmezustand versetzt. Auch Blockaden vor Druckereien des Springer-Verlags, dem polarisierende Berichterstattung vorgeworfen wurde, wurden von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizei begleitet. Schließlich wurde im April 1968 Rudi Dutschke in Berlin von einem Hilfsarbeiter niedergeschossen. Er überlebte schwer verletzt.

Als im Mai 1968 dann die »Notstandsgesetze« durch den Bundestag verabschiedet wurden, begann das Ende der APO. Auch der erbitterte Aufruf der Studenten an die Gewerkschaften, einen Generalstreik auszurufen, um die Notstandsgesetzgebung in letzter Minute zu verhindern, blieb ungehört und steht geradezu symbolisch für die Isolation der Studentenbewegung in der Gesellschaft. Nach dieser enttäuschenden Niederlage begannen sich in den Folgemonaten die Studentenbewegung und mit ihr der SDS aufzulösen. Dass seit Oktober 1969 in Bonn eine

² Verbot der KPD 1956, Gründung der NPD 1964, sowie das »Godesberger Programm« der SPD von 1959.

³ Diese sah vor, der Bundesregierung im Falle eines so genannten »inneren Notstands« die Befugnis zu erteilen, wichtige Grundrechte einzuschränken.

sozialliberale Koalition regierte, deren Kanzler Willy Brandt in Zukunft „mehr Demokratie wagen“⁴ wollte, mag den Niedergang der Studentenbewegung beschleunigt haben.

In der Folgezeit wurden unterschiedliche Wege von der Studentenbewegungen beschritten: Der größte Teil bemühte sich wieder um Studium und Karriere, um so die Ideale der Studentenbewegung in die Gesellschaft zu tragen. Eine Minderheit organisierte sich in kommunistischen Splittergruppen⁵ und Einzelpersonen in der terroristischen Roten Armee Fraktion, um das System gewaltsam zu revolutionieren – »für Dutschke von Anfang an „ohne Relevanz und Perspektive“, eine „Dummheit“«⁶. Den von ihm »geforderten „langen Marsch durch die Institutionen“ sieht er ab 1978 von den Grünen begonnen.«⁶

2.1.2 »Neue Soziale Bewegungen«

Die zweite gesellschaftliche Entwicklung, die die Entstehung der Grünen maßgeblich begünstigt hatte, war die Entstehung der so genannten »Neuen Sozialen Bewegungen«, die sich um das Umwelt-, das Friedens- und das Frauenthema herum gebildet hatten und das politische Klima der BRD in den 1970er und 1980er Jahren maßgeblich bestimmten. In den Neuen Sozialen Bewegungen lebten - in sehr viel breiteren Bevölkerungsschichten - die Aktionsformen und die außerparlamentarische politische Strategie der Studentenbewegung fort.

Startpunkt der Umweltschutzbewegung war die Veröffentlichung der Thesen des Club of Rome über die »Grenzen des Wachstums« 1972, die breite gesellschaftliche Kritik an der Wachstumsideologie und den Umweltbelastungen erregte und eine Reihe von regionalen Bürgerinitiativen entstehen ließ, die gegen einzelne Großprojekte rebellierte⁷.

Allerdings sah sich die Umweltschutzbewegung im Laufe der Zeit immer stärker vor das Problem gestellt, dass kleine militante Gruppen die Großdemonstrationen dazu nutzten, um aus der Deckung der friedlichen Demonstranten heraus Gewaltakte zu verüben. Diese schaden dem Ansehen der Umweltschutzbewegung nachhaltig, so dass deren Unterstützung in der Bevölkerung stetig schwand. Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl im April 1986 konnte die Umweltschutzbewegung zwar kurzzeitig reaktivieren - ihren Niedergang dennoch nicht verhindern.

2.1.2.1 Friedensbewegung

Zwar wurden in den 1960er Jahren so genannte »Ostermärsche« gegen die atomare Aufrüstung organisiert, jedoch erreichte die Friedensbewegung erst in den beginnenden 80er Jahren ihren Höhepunkt. Im Dezember 1979 stimmte der deutsche Bundestag dem NATO-Doppelbeschluss zu. Dieser Beschluss sah Verhandlungen mit der UdSSR über den Abbau atomarer Mittelstreckenraketen vor. Bei einem Scheitern der Gespräche wollten die USA nach vier Jahren,

⁴ „http://www.bundestag.de/info/parlhist/g1960_8.html“, aufgerufen am 29.01.04

⁵ Kommunistischer Bund (KB), KB Westdeutschlands, sowie KPD (so genannte »K-Gruppen«)

⁶ DER SPIEGEL, 14/ 2003, 31.03.2003, Seite 83

⁷ z.B. Besetzung des Bauplatzes des geplanten AKWs Wyhl (1975); AKW Brokdorf (1976); AKW Grohnde; Schneller Brüter Kalkar (1977); Gründung der „Freien Republik Wendland“ im geplanten Atomendlager Gorleben – die aber durch die Polizei geräumt wurde (1980)

also Ende 1983, ebenfalls atomare Mittelstreckenraketen in Europa stationieren⁸. Ungeachtet massenhaften Protests beschloss die Bundesregierung Ende 1983 eben diese Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen für Deutschland – was auf die Friedensbewegung vergleichbar wirkte, wie auf die Studentenbewegung die Verabschiedung der Notstandsgesetze.

2.1.2.2 Frauenbewegung (Ergebnis eines Wertewandels)

Die Frauenbewegung ging direkt aus der Studentenbewegung hervor. Der ursprüngliche Anlass zur Gründung von Frauengruppen⁹ war die schmerzvolle Erfahrung, dass es aus Sicht vieler Frauen auch innerhalb der vermeintlich antiautoritären Studentenbewegung patriarchalische, frauenfeindliche und diskriminierende Strukturen gegeben hatte. Auch die Diskussion um die Neuregelung des Abtreibungsparagraphen 218 rückte in den Mittelpunkt des Interesses der Frauenbewegungen («Mein Bauch gehört mir»). Die Frauenbewegungen selbst waren aber keine deutsche Besonderheit, sondern vielmehr das evidenteste Ergebnis eines tief greifenden Veränderungsprozesses, der die BRD und andere fortgeschrittene westliche Industrienationen in den Nachkriegsjahren erfasst hatte: Ein »fundamentaler Wandel handlungsleitender politischer Zielvorstellungen in den nachwachsenden Generationen, der in den Sozialwissenschaften gemeinhin als »Wertewandel« bezeichnet wird.«¹⁰ Die postindustrielle Gesellschaft verdrängte nach und nach die alten industriellgesellschaftlichen Wertvorstellungen.

Die erste Partei, die sich in der Bundesrepublik um die Anliegen der »Neuen Politik« bemühte, war die SPD. Da diese aber durch die beiden Ölkrisen von 1972 und 1976, soziale Reformprojekte hintanstellte, waren Ende der siebziger Jahre die Themen der Neuen Politik im bisherigen Parteienspektrum nicht mehr ausreichend vertreten. Diese »Chance« sollten die Grünen nutzen.

2.2 Die Entstehung der Grünen Partei

2.2.1 Vorgeschichte (1977 – 79)

Da außerparlamentarische Organisationen politische Entscheidungen offensichtlich nicht ausreichend beeinflussen konnten und Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Atomkraftgegnern schließlich jede gesellschaftliche Unterstützung zu untergraben drohten, wurden 1977 in der Bundesrepublik die ersten »grünen Listen« gegründet. So entstanden in Niedersachsen die »Umweltschutzpartei« (USP) – als parteilicher Nachfolger einer Anti-AKW-Bürgerinitiative – wie auch die »Grüne Liste Umweltschutz« (GLU), die sich schließlich mit der USP als GLU-Landesverband Niedersachsen zusammenschloss.

In der niedersächsischen Landtagswahl 1978 erzielte die sich als wertkonservativ verstehende Partei schon 3,9 Prozent der Stimmen. Ihr Wahlprogramm war maßgeblich durch die intensiv diskutierte Schrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl »Ein Planet wird geplündert«

⁸ „<http://www.dhm.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/NeueHerausforderungen/Kanzlerwechsel/natoDoppelbeschlussBody.html>“, aufgerufen am 29.01.04

⁹ z.B.: »Aktionsrat zu Befreiung der Frau« in Berlin oder der »Weiberrat« in Frankfurt.

¹⁰ Klein/ Falter, Der lange Weg der Grünen, S. 24

sowie durch den oben genannten Bericht »Grenzen des Wachstums« geprägt. Nach niedersächsischem Vorbild konstituierten sich »Grüne Listen« auch in Bremen, Hamburg und Schleswig Holstein (GLSH). Im Juli gründete Herbert Gruhl, nach Austritt aus der CDU, die »Grüne Aktion Zukunft« (GAZ) und die schon länger bestehende, politisch eher nationalkonservative »Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher« (AUD) um ihren Vorsitzenden August Haußleitner, wandte sich damals ebenso verstärkt Umweltschutzfragen zu.

Während diese Gruppierungen eher bürgerlich-ökologisch ausgerichtet waren, entstanden außerdem verschiedene eher links orientierte »Bunte« bzw. »Alternative« Listen, die ihre Mitglieder vorrangig aus den langsam zerfallenden K-Gruppen rekrutierten, die ursprünglich aus der marxistisch geprägten Studentenbewegung hervorgegangen waren¹¹.

Der Dachverband der Bürgerinitiativen, der »Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz« (BBU), unternahm Anstrengungen, die verschiedenen alternativen Gruppierungen zu einer gemeinsamen Kandidatur bei den Europawahlen zu bewegen. Da für die Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament keine formelle Parteigründung notwendig war, wurde im März 1979 in Frankfurt das Listenbündnis »Sonstige Politische Vereinigungen/ Die Grünen« gegründet, an dem sich AUD, GLU, GLSH, sowie GAZ beteiligten¹² und das somit eher bürgerlich-ökologisch ausgerichtet war, da sich bunte und alternative Listen zunächst daran nicht beteiligten.

Bei der Europawahl im Juni scheiterten die SPV-Grünen mit 3,2 Prozent der Stimmen deutlich an der 5-Prozent Hürde, erhielten aber immerhin rund 4,5 Millionen Mark Wahlkampfkostenerstattung. In der Folgezeit entstand eine Debatte über die mögliche Gründung einer grünen Bundespartei und deren Zusammensetzung bezüglich bunter und alternativer Listen.

Erster größerer parlamentarischer Erfolg der Grünen war die Wahl zur Bremer Bürgerschaft im Oktober 1979, als die Bremer Grüne Liste (BGL) 5,1 Prozent der Stimmen erzielte und damit vier Mandate im Bremer Landesparlament errang.

2.2.2 Die ersten Jahre (1979 – 83)

Im November 1979 fand die zweite Versammlung der »SPV/ Die Grünen« statt, auf der die Delegierten für Januar 1980 die Gründung einer bundesweiten grünen Partei beschlossen – allerdings nicht durch Neu-, sondern durch Umgründung aus den SPV-Grünen: Durch konnte man einerseits die seit der Europawahl vorhandenen Finanzmittel mit in die neue Partei hinübernehmen und andererseits die bunt-alternativen Listen zunächst ausschließen.

Im Dezember 1979, als der schon erwähnte NATO-Doppelbeschluss zum zentralen Punkt der neuen Friedensbewegung wurde, kam es zu einer deutlichen Erhöhung der Mitgliederzahl der »SPV/ Die Grünen«¹³ - ausgelöst auch durch zahlreiche Beitritte Links-Alternativer.

¹¹ z.B.: »Bunte Liste Hamburg« 1978, mit den drei ehemaligen Führungsfiguren des Kommunistischen Bundes (KB): Rainer Trampert, Thomas Ebermann und Jürgen Reents.

¹² Vorsitzende waren Helmut Neddermeyer (GLU);Herbert Gruhl (GAZ); August Haußleitner (AUD)

¹³ Diese vervierfachte sich innerhalb kürzester Zeit von 2 800 auf 12 000 – vgl. 45 000 im Jahr 2003

»Die Grünen« wurden schließlich am 12. und 13. Januar 1980 auf einem Gründungskongress in Karlsruhe ins Leben gerufen. Auf ihrer zweiten Bundesversammlung im März legten sie ihr Bundesprogramm, sowie drei Parteisprecher fest. Der Verabschiedung dieses Programms gingen heftige Diskussionen zwischen den linken, sozialistisch bzw. anarchistisch geprägten Strömungen und dem eher rechten, ökologisch-bürgerlichen Flügel voraus.

Die Parteigründung generell fiel in eine für die Grünen aber überaus günstige Phase: Die Umweltschutz- und Friedensbewegungen befanden sich auf ihrem Höhepunkt und die Themen der Grünen dominierten die öffentliche Diskussion. Entsprechend wurden auch sehr schnell erste Erfolge erzielt. Bereits fünf Monate nach ihrer Gründung zogen grüne Abgeordnete in den Landtag von Baden-Württemberg ein. Bei der Bundestagswahl im Oktober 1980 dagegen blieb das Wahlergebnis der Grünen aufgrund der alles andere überlagernden Kanzlerkandidatur Franz-Joseph Strauß', mit eineinhalb Prozent der Zweitstimmen deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Unerwartet schnell bot sich aber den Grünen im September 1982 eine zweite Chance in den Bundestag einzuziehen, als durch das »Lambsdorff-Papier«, das unter anderem Forderungen nach drastischer Sozialleistungskürzung enthielt¹⁴, die sozial-liberale Koalition auseinanderbrach. Anfang Oktober wurde Helmut Kohl durch ein konstruktives Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt zum neuen Bundeskanzler gewählt und in den vorgezogenen Bundestagswahlen im März 1983 eine gemeinsame Regierungsmehrheit von CDU und FDP bestätigt. Die Grünen erreichten 5,6 % der Zweitstimmen und zogen mit 27 Abgeordneten erstmals in den Deutschen Bundestag ein. Fraktionssprecher wurde neben anderen Otto Schily, parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Joschka Fischer.

Mindestens ebenso wichtig aber wie der Bundestageinzug, war für die Grünen das Ergebnis der hessischen Landtagswahl Anfang September 1982, bei der die FDP, die sich im Vorfeld für eine Koalition mit der CDU ausgesprochen hatte, mit drei Prozent der Stimmen den Einzug in den Landtag deutlich verfehlte. Die SPD erzielten knapp 43 Prozent der Stimmen und die Grünen acht. Eine rot-grüne Mehrheit war damit also rechnerisch möglich und den Grünen wuchs, bereits zwei Jahre nach ihrer Gründung, erstmals eine zentrale Stellung bei der Bildung einer Regierung zu¹⁵. Zu einer gemeinsamen Koalition wollten sich aber zunächst weder die Grünen noch die SPD durchringen. Die rot-grünen Koalitionsverhandlungen scheiterten, woraufhin für September 1983 Neuwahlen anberaumt wurden. Da die SPD keine absolute Mehrheit schaffte, war eine Koalitionsbildung mit den Grünen nun notwendig geworden.

2.2.3 Regieren? Streit der Strömungen (1984 – 90)

Die grüne Fraktion im hessischen Landtag wählte zwar im Juni 1984 im Rahmen eines so genannten »Tolerierungsbündnisses« Holger Börner zum hessischen Ministerpräsidenten. Die hessische Landesversammlung der Grünen stimmte aber erst im Oktober 1985 endgültig einer rot-

¹⁴ „<http://www.net-lexikon.de/Otto-Graf-Lambsdorff.html>“, aufgerufen am 29.01.2004

¹⁵ Der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, sprach von der Möglichkeit einer »Mehrheit jenseits der Union«

grünen Koalition zu. Aufgrund dieser wurde Joschka Fischer schließlich im Dezember 1985 - in Jeans und Turnschuhen – als erster grüner Umweltminister vereidigt.

Mit dem Präzedenzfall einer rot-grünen Koalition in Hessen stand das Thema Regierungsbeteiligung für die Grünen nunmehr endgültig auf der Tagesordnung und Koalitionsverhandlungen mit der SPD für die Zeit nach der Bundestagswahl 1987 wurden auch nach dem Scheitern der rot-grünen Koalition in Hessen im Februar diesen Jahres, nicht mehr ausgeschlossen.

Ende 1987 erreichte der innerparteiliche Richtungsstreit solche Dimensionen, dass eine Spaltung der Partei nicht mehr auszuschließen war. Zwar dementierten Fraktion, Bundes- und Landesvorstände entschieden alle Spaltungsgerüchte, aber innerhalb der Partei verfestigten sich mehr und mehr die verschiedenen Strömungen: Die realpolitischen Gruppierungen »Aufbruch«, »Kritische Realos« und »Linkes Forum« und die fundamentalistischen »Ökosozialisten« und »Radikalökologen«.

Nach dem Fall der Berliner Mauer konstituierte sich 1989 die ostdeutsche »Grüne Partei«, deren offizieller Gründungsparteitag im Februar 1990 stattfand. In der letzten Volkskammer der DDR bildete sie eine gemeinsame Fraktion mit dem »Bündnis 90«, einem Zusammenschluss verschiedener Bürgerrechtsgruppen, die beim Zusammenbruch des SED-Regimes maßgeblich mitgewirkt hatten.

2.2.4 Wahldebakel 1990

Anfang September 1990 beschlossen die Ost-Grünen die Fusion mit den westdeutschen Grünen. Allerdings sollte dieser Zusammenschluss erst am Tag nach der Bundestagswahl vollzogen werden. Ein – wie sich noch zeigen sollte – fataler Beschluss. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober wurden die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen für den 2. Dezember 1990 festgelegt.

Zwar rechnete aufgrund zahlreicher Erfolge in den Landtagswahlen 1989 und 1990 niemand mit einem Scheitern der Grünen an einer der beiden 5-Prozent-Hürden¹⁶. Im April 1990 jedoch verließen, vor allem aufgrund unüberbrückbarer Differenzen über den Weg zur deutschen Einheit, mehrere »Ökosozialisten«¹⁷, wie wenig später einige Anhänger des »Linken Forums« die Grünen. Der Bundesvorstand rief die Partei eindringlich zur Geschlossenheit und zur »Koalition der Vernunft« auf, aber das Erscheinungsbild der Grünen war durch diese Auseinandersetzungen und durch ihre kritische Haltung zu dem deutschpolitischen Kurs der Regierung Kohl stark in Mitleidenschaft gezogen. Zudem versuchte man mit Slogans wie »Mit uns für die Energiewende« oder »Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter.«¹⁸ vergeblich die drohende Klimakatastrophe in den Mittelpunkt der Wahlkampfauseinandersetzung zu stellen. Bedingt durch

¹⁶ aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts war eine nach den alten und den neuen Bundesländern getrennte Wahlergebnisberechnung sowie eine jeweils getrennt geltende Sperrklausel vorgesehen

¹⁷ Ebenfalls in diese Zeit fällt der Parteiaustritt Otto Schily

¹⁸ „<http://www.lzpb.nrw.de/wahlen/HTML/ARCHIV/SLOGANS.HTM>“, aufgerufen am 29.01.2004

die »Elitefeindlichkeit« der Grünen wurden überdies bekannte und erfolgreiche Gesichter ausgewechselt und somit viele erfahrene Bundestagskandidaten nicht mehr aufgestellt. So erreichten in der Wahl vom Dezember 1990 zwar Bündnis 90 und die ostdeutschen Grünen sechs Prozent der Stimmen in den neuen Bundesländern, die Grünen in Westdeutschland allerdings nur 4,8 Prozent. Dieses Ergebnis wurde aufgrund des erst am Tag nach der Wahl vollzogenen Zusammenschlusses der beiden grünen Parteien, bei der Mandatsverteilung nicht berücksichtigt. Trotz der Tatsache also, dass die Grünen gemeinsam mit Bündnis 90 bundesweit 5,1 Prozent der Stimmen erzielt hatten, zogen nur acht Abgeordnete in den Deutschen Bundestag ein. Diese kleine Bundestagsgruppe aus Ost-Grünen und Bündnis 90 stellte in den Folgejahren gleichsam die Keimzelle dar, aus der die neue Partei »Bündnis 90/ Die Grünen« erwuchs.

2.2.5 Der Weg zu Bündnis 90/ Die Grünen (1991 – 93)

Bereits knapp zwei Monate nach der verlorenen Bundestagswahl – oft als Anfang vom Ende der Partei gedeutet – gewannen SPD und Grüne bei der hessischen Landtagswahl im Januar 1991 erneut die Mehrheit und gingen nochmals eine Koalition ein. Joschka Fischer wurde wiederum Umweltminister – sowie stellvertretender hessischer Ministerpräsident. Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen erzielten die Grünen im September 1991 satte 11,4 Prozent der Stimmen und bildeten mit SPD und FDP die erste »Ampelkoalition« in der deutschen Geschichte.

Auf ihrer Bundesversammlung im April 1991 zogen die westdeutschen Grünen die Konsequenz aus ihrer Wahlniederlage: Die Strukturen der Partei, besonders der Bundesvorstand, wurden effizienter gestaltet, und es wurde ein umfassender Erneuerungs- und Reformprozess eingeleitet¹⁹. Im September 1991 konstituierte sich Bündnis 90 – bisher ein Zusammenschluss verschiedener Bürgerrechtsbewegungen in der DDR bzw. den fünf neuen Ländern (unter anderem mit dem »Neuen Forum« und »Demokratie Jetzt«) offiziell als Partei. Im November 1992 schlossen die Grünen und Bündnis 90 einen Assoziationsvertrag, der im April 1993 nach Urabstimmungen von beiden Parteien angenommen wurde. Im Mai des Jahres fand die erste Bundesversammlung von »Bündnis 90/ Die Grünen« statt: Zwar standen sich politisch die oftmals eher wertkonservativen Ost-grünen und die teilweise noch zu linken Gesellschaftsutopien neigenden West-Grünen eher mit Abstand gegenüber – Auf einen »Grundkonsens« konnten sie sich dennoch einigen.

Das Jahr 1993 war darüber hinaus vor allem von der Debatte über einen (deutschen) Militäreinsatz in Bosnien geprägt. In den im Oktober verabschiedeten »friedenspolitischen Leitlinien« hieß es unter anderem: »Die internationale Durchsetzung von Menschenrechten darf sich keiner militärischen Mittel bedienen.«²⁰

¹⁹ daraufhin traten wenig später die »Radikalökologen« um Jutta Ditfurth aus der Partei aus

²⁰ Grüne Chronik, S. 7

2.2.6 Wahlerfolge und Misserfolge (1994 – 98)

Nicht nur erzielten »Bündnis 90/ Die Grünen« 1993 mit zehn Prozent der Stimmen ihr bestes Europawahl-Ergebnis; die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (1994), Nordrhein-Westfalen (1995) sowie Schleswig-Holstein (1996) führten jeweils zu einer rot-grünen Koalition. Auch im November 1997 nach den Hamburger Bürgerschaftswahlen, bildete sich schließlich eine rot-grüne Regierung, nachdem die Grünen im März 1996 bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg mit über zwölf Prozent der Stimmen auf das beste Ergebnis ihrer Geschichte kamen.

Es war also nicht verwunderlich, dass die Grünen bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1994 mit 7,3 % der Stimmen und 49 Mandaten erneut in den Bundestag einzogen. In Folge dessen gab Joschka Fischer nach der Wahl seine hessischen Ämter auf und kehrte als neuer Fraktionssprecher und »heimlicher Oppositionsführer«²¹ in den deutschen Bundestag zurück.

Zur Bundestagswahl 1998 beschränkte sich die journalistische Berichterstattung über das grüne Wahlprogramm fast ausschließlich auf die schon länger im Parteienprogramm verankerte schrittweise Benzinpreiserhöhung und die Ablehnung einer Bundeswehrintervention in Bosnien. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Grünen »im Wahljahr 1998 von einem nennenswerten Teil der Journalisten und der Wähler nicht mehr länger nur als freche Opposition, sondern erstmals auch als potentielle Regierungspartei betrachtet«²² wurden. Die Grünen und ihre Programmatik wurden mit Blick auf ihre Regierungsfähigkeit »dem Realitäts-TÜV einer kritischen Öffentlichkeit unterworfen« (Joschka Fischer) und erzielten bei der Bundestagswahl im September schließlich mit 6,7 % der Stimmen ein Ergebnis, das deutlich unter den noch zu Beginn des Jahres formulierten Erwartungen lag. Aufgrund des guten Abschneidens der SPD reichte es aber dennoch für eine Ablösung der Regierung Kohl.

In den langwierigen Koalitionsverhandlungen sahen sich die Grünen dann aber genötigt, einige ihrer Grundpositionen aufzuweichen. Zum Beispiel in den Bereichen Asylrecht, Atomausstieg und Energiesteuer. Mit Joschka Fischer als Außen-, Jürgen Trittin als Umweltminister und Andrea Fischer als Gesundheitsministerin waren nun allerdings drei Ämter in grüner Hand.

2.2.7 Regierungsbeteiligung auf Bundesebene (1999 – 2004)

1999 verlor Rot-Grün die Mehrheit im Bundesrat als in Hessen die CDU mit einer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft unerwartet die Landtagswahl gewann. Ebenfalls in diesem Jahr fiel der Beschluss für die Beteiligung deutscher Soldaten an einer NATO-geführten Friedenstruppe für den Kosovo, nachdem zuvor eine internationale Friedenskonferenz gescheitert war. Im April trat die erste Stufe der von der rot-grünen Regierung beschlossenen »Ökologischen Steuerreform« in Kraft, womit »der ökologische Gedanke im deutschen Steuersystem verankert«²³ werden sollte.

²¹ „<http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/25/0,1872,2003033,00.html>“, aufgerufen am 29.01.2004

²² Klein/ Falter, Der lange Weg der Grünen, S. 50

²³ Grüne Chronik, S. 9

Im Januar 2000 traten dann sowohl die zweite Stufe der Ökosteuer, als auch das neue Staatsbürgerrecht in Kraft. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Karlsruhe stimmte eine deutliche Mehrheit für den von Jürgen Trittin ausgehandelten Atomausstieg und im April erlangte das »Erneuerbare Energien Gesetz« (EEG) Gültigkeit, das die finanzielle und wissenschaftliche Förderung sowie den Ausbau erneuerbarer Energien gesetzlich festschreibt.

Die dritte Stufe der Ökosteuer, sowie die erste Stufe der Steuerreform wurden ab Januar 2001 wirksam. Als Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) und Gesundheitsministerin Andrea Fischer nach dem BSE-Skandal zurückgetreten waren, übernahm Renate Künast das neugeschaffene »Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft«. Bundesregierung und Atomstromwirtschaft unterzeichneten das Abkommen über die »geordnete Beendigung der Kernenergie«, Homosexuelle bekamen in Deutschland mit Inkrafttreten des Gesetzes zur »Eingetragenen Partnerschaft« die Möglichkeit, eine rechtsverbindliche Lebens-Partnerschaft einzugehen und im Saarland entstand die erste schwarz-grüne Landesregierung.

Die grünen Brennpunkte des Jahres 2001 aber betrafen Friedens- beziehungsweise Kriegsfragen: Während die Partei den friedenssichernden Bundeswehreinsätzen in Mazedonien im Rahmen ab August 2001 durchgeführter NATO-Operationen noch relativ geschlossen zustimmte, entzündeten sich an der Frage, wie auf die New Yorker Terroranschläge vom 11. September zu reagieren sei, heftige Konflikte. Die Parteiführung, allen voran Außenminister Joschka Fischer, befürwortete Militäreinsätze im Kampf gegen den Terrorismus - Im konkreten Fall Afghanistan schloss sie eine Beteiligung der Bundeswehr im Rahmen der NATO prinzipiell nicht aus. Die Parteibasis dagegen erhob beträchtliche Zweifel an der Eignung militärischer Einsätze im Kampf gegen den Terror.

Dass das Bundeskabinett Anfang November 2001 - auf ein entsprechendes Ersuchen der USA hin - die theoretische Debatte um eine Beteiligung an US-amerikanischen Militärschlägen gegen Ziele in Afghanistan in Form einer Zusicherung zur Entsendung deutscher Spezialeinheiten beendete, ging an die grüne Substanz. Bundeskanzler Schröder beschloss nämlich später, dieses Vorhaben im Bundestag verknüpft mit der Vertrauensfrage abstimmen zu lassen, weil er ohne »Kanzlermehrheit« die Regierungskoalition gefährdet sah. Einige grüne Abgeordnete bezeichneten dies schlicht als »Erpressung«.

Nach langwierigen innerparteilichen Auseinandersetzungen, an deren Beginn Außenminister Joschka Fischer mit seinem Rücktritt drohte, konnten sich die Grünen auf der Basis eines Kompromiss-Beschlusses des Parteirates²⁴ und nach Zugeständnissen des Bundeskanzlers soweit durchringen, dass schließlich am 16. November 2001 im Bundestag - bis auf vier verbliebene Gegner - die gesamte grüne Fraktion für einen deutschen Militäreinsatz im Antiterrorkrieg und in der Vertrauensfrage für den Kanzler stimmten.

Der Parteitag der Grünen Ende November, der ebenfalls vom außen- und sicherheitspolitischen Kurs der Partei bestimmt war, sprach sich schließlich überraschend deutlich für den vom Parteivorstand eingebrachten Leitantrag »Internationalen Terrorismus bekämpfen, in kritischer Solidarität handeln, die rotgrüne Koalition fortsetzen« aus, in dem die Partei die Zustimmung der Fraktion zur Entsendung deutscher Soldaten in den Antiterrorkrieg »akzeptiert«. Bündnis 90/ Die

²⁴ das grüne Äquivalent des »Präsidiums« der Parteien CDU/CSU, SPD und FDP

Grünen sahen dadurch die Regierungskoalition erheblich gefestigt und werteten den Parteitag insgesamt als große Integrationsleistung und Zeichen für die Geschlossenheit der Partei bei gleichzeitig weiter bestehender Streit- und Diskussionskultur. Von einigen Teilen der grünen Basis wurde der Parteitagsbeschluss allerdings abgelehnt.

2002, als die vierte Stufe der Ökosteuer und der Euro als offizielles Zahlungsmittel in Kraft traten, wurde nach über zwanzig Jahren ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet.

Mit 8,6 Prozent der Stimmen bei den Bundestagswahlen im September erreichten Bündnis 90/ Die Grünen ihr bisher bestes Ergebnis, behaupteten sich vor der FDP als drittstärkste Kraft und konnten die Regierungskoalition mit der SPD - nun aus einer stärkeren Position heraus - fortsetzen. Das gute Abschneiden der Grünen war wohl nicht zuletzt ihrem zum ersten mal offiziell festgelegten Spitzenkandidaten²⁵ Joschka Fischer zuzurechnen, der als Außenminister auch außerhalb der eigenen Partei auf sehr breite Zustimmung stieß.

2003 erreichten die Grünen bei den Landtagswahlen erstmals seit langem wieder positive Ergebnisse - Wohl auch aufgrund des konsequenten Neins der grünen Bundestagsfraktion zu dem von den USA im völkerrechtlichen Alleingang geführten Krieg gegen den Irak.

3 Charakteristik der Partei »Bündnis 90/ Die Grünen«

3.1 Das grüne Verständnis der Parteiorganisation

3.1.1 Die grüne Besonderheiten

Die Grünen verstanden sich in ihren Anfangsjahren als parteiliche Erweiterung der APO-Gruppierungen und der Neuen Sozialen Bewegungen. Von daher wollten sie die Arbeit in den Parlamenten primär dazu nutzen, die Anliegen und Forderungen der Protestgruppen, der Bürgerinitiativen und gesellschaftlichen Minderheiten ins Parlament zu tragen, ohne selbst zu einer etablierten Partei zu werden. Realisieren wollte man dies mit dem Prinzip der »Basisdemokratie«.

Die repräsentative parlamentarische Demokratie taten sie in ihrer Programmatik als »Zuschauerdemokratie« ab²⁶ und setzten ihr direktdemokratische Beteiligungsformen bis hin zur Vision einer Rätedemokratie entgegen. Angesichts dessen konnten sich die Grünen - wollten sie glaubwürdig sein - keinesfalls in klassischen hierarchischen Machtstrukturen organisieren. Natürlich unter Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, wurde also eine dezentrale Parteiorganisation angestrebt, in der die politischen Repräsentanten und Führungsfiguren stets an den Willen der Parteibasis gebunden bleiben und Ämter nur zeitlich befristet ausüben sollten.

Ehrenamtlichkeit

Dazu gehörte auch, dass in den Anfangsjahren der Grünen selbst höchste Parteiämter stets ehrenamtlich, das heißt unentgeltlich und neben einer möglichen Berufstätigkeit ausgeübt werden mussten. Jeder sollte zwar für die Politik leben dürfen, niemand aber von der Politik. Hinter diesen

²⁵ vgl. DER SPIEGEL, 2/ 2002, 07.01.2002, S. 17

²⁶ vgl. Klein/ Falter, Der lange Weg der Grünen, S. 50

Forderungen stand der Glaube, dass Personen, die sich hauptamtlich der Politik widmen, ihre gesellschaftliche Verwurzelung verlieren.

Prinzip der kollektiven Führung - Beschränkung der Macht einzelner Personen

Funktionen, die in den klassischen Altparteien nur von einer einzigen Person bekleidet werden, versuchte man innerhalb der grünen Partei als Kollegialorgane auszugestalten, um die Machtfülle einzelner Führungspersönlichkeiten zu begrenzen. So gibt es bei den Grünen auf Bundesebene bis heute keine(n) Parteivorsitzende(n) sondern zwei (früher drei) Vorstandssprecher, die sich dieses Amt teilen. Neben der Begrenzung der Macht einzelner Personen, ermöglichte es eine solche Gruppenlösung aber auch, die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Partei an der Führung der Partei gleichberechtigt zu beteiligen, sowie die Geschlechtergleichheit zu sichern.

Eine weitere machtbegrenzende Maßnahme war die anfangs nur einmalig mögliche Wiederwahl in ein Parteiamt. Ein hoher »Bedarf« grüner Führungspositionen blieb bis zum heutigen Tag – auch wenn diese formelle Regelung sehr schnell wieder abgeschafft wurde.

Eine weitere machtbegrenzende Bestimmung war das Verbot von Ämterhäufungen.

Ergänzt wurden diese Regelungen außerdem durch das Prinzip der Öffentlichkeit aller Sitzungen. Allerdings führten die ausführlichen Medienberichte über schwelende Flügelkämpfe sehr schnell dazu, dass diese Form der politischen Transparenz wieder aufgegeben wurde.

Die Im Januar 1983 auf einer außerordentlichen Bundesversammlung verabschiedeten »Sindelfinger Beschlüsse« waren ebenfalls Regeln zur Sicherung der Basisdemokratie – vor allem mit Hinblick auf den möglichen Bundestageseinzug. Diese Maßnahmen umfassten:

Die Trennung von Amt und Mandat

Mit diesem Prinzip wurde festgelegt, dass Mitglieder der Grünen nicht gleichzeitig ein wichtiges Amt innerhalb der Partei und ein Mandat in einem Parlament ausüben können. Durch diese Regelung sollte sichergestellt werden, dass es zu keiner Verquickung zwischen Fraktion und Partei kommt und die grünen Fraktionen in den Parlamenten von der Partei ganz im Sinne der Basisdemokratie effektiv kontrolliert werden können.

Das Rotationsprinzip

Das Rotationsprinzip besagte, dass grüne Bundestagsabgeordnete ihr Mandat nur für zwei Jahre ausüben sollten, um anschließend für einen so genannten »Nachrücker« Platz zu machen. Jeder Abgeordnete sollte während der ersten beiden Jahre der Legislaturperiode in einer Bürogemeinschaft mit seinem späteren Nachrücker zusammenarbeiten und diesem nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag beratend zur Seite stehen. Durch dieses Prinzip sollte eine Professionalisierung, eine Herausbildung von Eliten sowie eine mögliche Entfremdung von Bundestagsfraktion und Parteibasis verhindert werden. Weiters sollte so die parlamentarische Macht auf mehrere verantwortungstragende Personen aufgeteilt werden.

Das imperative Mandat

Die Grünen Abgeordneten sollten sich nach Meinung der Partei nicht ausschließlich oder auch nur vorrangig als ihrem eigenen Gewissen verpflichtet betrachten, sondern ihr Stimmverhalten im Bundestag von den Vorgaben der Parteibasis abhängig machen. Die Abgeordneten wurden also als beauftragte Vertreter der grünen Parteibasis in den Parlamenten betrachtet.

Begrenzung der Diäten

Eine weitere Möglichkeit, eine etwaige Entwicklung der grünen Mandatsträger hin zu Berufspolitikern effektiv zu verhindern, wurde in der Begrenzung der Diäten gesehen: Damit kein grünes Parteimitglied ausschließlich von finanziellen Motiven geleitet sei, sich um ein Parlamentsmandat zu bewerben, wurde beschlossen, dass die grünen Bundestagsabgeordneten nicht ihre vollen Diäten zur persönlichen Verfügung erhalten sollten. Vielmehr sollten sie nur einen Betrag in Höhe eines durchschnittlichen Facharbeitergehaltes behalten dürfen und wurden verpflichtet, den Rest an die Partei abzuführen.

3.1.2 Probleme der grünen Besonderheiten

Die Diätenregelung erwies sich in der politischen Praxis als sehr fraglich: Zum einen wurden die finanziellen Zwangsabgaben von Beobachtern aus Politik und Wissenschaft als unrechtmäßige Form der Parteienfinanzierung kritisiert und zum anderen haperte es teilweise auch mit der Zahlungsmoral.

Das imperative Mandat standen von Anfang an in einem mehr oder weniger deutlichen Widerspruch zu der grundgesetzlichen Regelung, dass »die Abgeordneten des Deutschen Bundestags [...] an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen« sind²⁷. Durch das Rotationsprinzip fühlten sich außerdem viele grüne Parlamentarier gedemütigt, da sie – unabhängig jeder geleisteten Arbeit – nach nur zwei Jahren das Mandat an fachlich möglicherweise unterlegene Personen weitergeben mussten. Zudem waren politische Talente ja auch innerhalb der grünen Partei nicht beliebig vermehrbar und die grüne Parlamentsfraktion auf prominente und profilierte Politiker angewiesen, um die Fraktionsarbeit nach außen hin überzeugend vertreten zu können.

Ein zur Rotation vergleichbares Problem ergab sich auch in der Parteiführung. Der häufige Wechsel des Führungspersonals und die Kollegiallösung führten dazu, dass die jeweiligen Vorsitzenden der grünen Partei in der Regel keinen allzu großen Bekanntheitsgrad und kein klares politisches Profil entwickeln konnten.

Aufgrund all dieser Probleme begannen Grünen in den Folgejahren ihre innerparteilichen Strukturen und Regelungen sukzessive zu verändern und anzupassen. So wurde auf einer außerordentlichen Bundesversammlung der Grünen, im Mai 1986, eine umgeänderte 4-Jahres Rotation, sowie darüber hinaus die Quotierung aller von der Partei zu vergebenden Mandate und Ämter beschlossen. Im Mai 1987 wurde für die Mitglieder des Bundesvorstands der Grünen die

²⁷ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 38, Absatz 1

Möglichkeit geschaffen, auf Antrag eine finanzielle Absicherung zu erhalten und somit schließlich auch eine Abkehr vom grundsätzlichen Prinzip der Ehrenamtlichkeit beschlossen.

Die gravierendste Reform der Parteistruktur wurde allerdings auf der Bundesversammlung im April 1991 beschlossen, auf der sich die Grünen als »ökologische Reformpartei« definierten: Die Rotation wurde endgültig abgeschafft, die Zahl der Vorstandssprecher von drei auf zwei reduziert und das Amt eines politischen Geschäftsführers wurde eingerichtet. Nicht abgeschafft allerdings wurde die Trennung von Amt und Mandat, das eine effiziente Koordination der politischen Arbeit zwischen der grünen Partei mit den grünen Fraktionen und den Parlamenten blockierte.

Erst im Zusammenhang mit der Bildung der rot-grünen Bundesregierung im Winter 1998 wurde es zumindest teilweise gelockert: Nach erbitterten innerparteilichen Diskussionen durften die drei grünen Minister Abgeordnete des Bundestags bleiben. Allerdings wurde diese Entscheidung auf dem grünen Parteitag in Stuttgart im März 2001 wieder revidiert. Im Falle eines rot-grünen Wahlsiegs bei der Bundestagswahl 2002 sollten die Regierungsmitglieder der Grünen ihr Bundestagsmandat freiwillig zurückgeben – was nach der Wahl aber nicht geschah.

Seit dem Eintritt der Grünen in die Bundesregierung haben sich zwar die Bemühungen verstärkt, die Trennung von Amt und Mandat vollständig abzuschaffen, doch sowohl der Parteitag in Leipzig (1998) als auch diejenigen in Erfurt (1999), Karlsruhe (2000) und schließlich in Bremen (Okt. 2002) wollten der Abschaffung der Trennung von Amt und Mandat nicht mit der erforderlichen Mehrheit zustimmen. Da aber die beiden amtierenden Parteisprecher Fritz Kuhn und Claudia Roth bei der Bundestagswahl 2002 jeweils ein Bundestagsmandat errungen hatten, auf das sie auch nicht verzichten wollten, wurden Forderungen laut, die Abstimmung über die Trennung von Amt und Mandat beim nächsten Parteitag der Grünen im Dezember 2002 zu wiederholen oder aber dort zumindest eine Ausnahmeregelung zugunsten von Kuhn und Roth beschließen zu lassen.

Nachdem die Delegierten dort aber sowohl gegen die grundsätzliche Aufhebung der Trennung wie gegen eine Ausnahmeregelung stimmten, wurden schließlich Angelika Beer und Reinhard Bütikofer zu den neuen Vorsitzenden gewählt. Eine im Mai 2003 durchgeführte Urabstimmung über eine mögliche Ausnahmeregelung scheiterte ebenfalls²⁸.

3.2 Innerparteiliche Strömungen

Innerhalb der grünen Partei war von Anbeginn an umstritten, ob und wenn überhaupt, inwieweit man sich auf die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie wirklich einlassen sollte: Ein nicht unerheblicher Teil war der Meinung, dass das eigentliche Standbein der grünen Partei in den außerparlamentarischen »Neue Bewegungen« zu sehen sei und die Parlamente nur als Bühne dienen sollten, deren Forderungen öffentlich zu machen. Andere hingegen zielten von Anfang an auf die Beteiligung an der Regierungsmacht ab, um künftig tatsächlichen Einfluss auf das Handeln der Regierung haben zu können.

²⁸ „http://www.wdr.de/themen/politik/nrw/gruene_aemtertrennung/ergebnis_urabstimmung.jhtml?rubrikenstyle=politik“, aufgerufen am 17.01.2004

Dieser langjährige Strömungs-Kampf drohte zeitweise die Partei zu spalten. Die massiven Auseinandersetzungen über die politischen Ziele waren darauf zurückzuführen, dass bei der Gründung der Grünen mit den »Neuen Sozialen Bewegungen« und der neo-marxistischen »Neuen Linken« zwei sehr verschiedenartige politische Gruppierungen zusammengebunden waren. Lange Zeit wurden sie nur von der Befürchtung zusammengehalten, mit einer jeweils eigenständigen Partei womöglich den Sprung über die Sperrklausel des bundesdeutschen Wahlsystems nicht zu schaffen.

3.2.1 Die Geschichte der grünen »Grabenkämpfe« bis 1987

Die bürgerlich-ökologischen Gruppen standen in den innerparteilichen Flügelkämpfen für einen politisch eher konservativen Kurs: Sie diskutierten die ökologische Frage primär unter einem stark durch die christliche Soziallehre geprägten Blickwinkel und einem umfassenden Konzept des »Lebensschutzes«. Auch standen sie nicht in grundsätzlicher Opposition zum Wirtschaftssystem der BRD. Ihre grundlegenden Ziele waren, dieses zu ökologisieren und sich konstruktiv an parlamentarischer Arbeit zu beteiligen.

Schon auf der Gründungsversammlung in Karlsruhe kam es zu heftigen Kontroversen zwischen den bürgerlich-ökologischen und den links-alternativen Kräften innerhalb der Partei. Die Bürgerlich-ökologischen wurden aber von den immer stärker dominierenden Linken schnell an den Rand gedrängt. Bei der Erarbeitung des Parteiprogramms auf der zweiten grünen Bundesversammlung, zum Beispiel, konnten sich in allen wichtigen Fragen die links-alternativen Gruppen erfolgreich durchsetzen. Nachdem sich hierauf die konservativ-ökologischen Kräfte mehr und mehr aus der Partei zurückgezogen hatten, gewannen die politisch der marxistischen Ideologie nahe stehenden Ökosozialisten die Oberhand²⁹. Sie sahen die ökologische Frage primär als Ergebnis der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und suchten nach einer neuen Verbindung von Ökologie und System.

Mit Entstehen der Ökolibertären als Gegengewicht zu den dominanten Ökosozialisten bildete sich Ende 1983 eine neue innerparteiliche Spannungslinie heraus, die sich in erster Linie auf Fragen der politischen Strategie der Grünen bezog. Anstoß für diese innerparteiliche Polarisierung war der im Oktober 1983 von den hessischen Grünen auf ihrer Landesversammlung gefasste Beschluss, ohne Vorbedingungen Verhandlungen mit der SPD über eine parlamentarische Zusammenarbeit im hessischen Landtag aufzunehmen. In den Folgejahren entstanden erbitterte innerparteiliche Kontroversen über die Frage, ob die Grünen im Rahmen von Koalitionen mit der SPD Regierungsverantwortung übernehmen sollten oder nicht - Die so genannte »Fundi-Realo-Kontroverse«.

²⁹ Herbert Gruhl trat dadurch Anfang 1981 aus der Partei aus und gründete die Gegenpartei »Ökologisch Demokratische Partei« (ÖDP).

3.2.2 Die Realos

Die Realos standen für einen verantwortungsethisch motivierten ökologischen Reformismus, der die Spielregeln der parlamentarischen Mehrheitsdemokratie akzeptiert und eine praktische Politik anstrebt. Koalitions- und Regierungsbeteiligung schlossen sie nicht aus. Die wichtigsten Vertreter waren die beiden Hessen Joschka Fischer und Hubert Kleinert. Die Gruppe der Ökolibertären war den Realos zuzurechnen, da sie von Anfang an auf die konstruktive Mitarbeit in der parlamentarischen Demokratie ausgerichtet waren. Eine Beteiligung an einer Koalition war für sie nicht ausgeschlossen - Sogar zur Zusammenarbeit mit der CDU sah man sich bereit.

3.2.3 Die Fundis

Die Fundis dagegen beharrten auf einer gesinnungsethischen »Fundamentalopposition« der Grünen gegenüber »dem System« und den das System tragenden politischen Parteien. Jede Form der parlamentarischen Bündnispolitik oder gar Regierungsbeteiligung lehnten sie ab.

Die systemoppositionellen Ökosozialisten um Jutta Ditfurth³⁰ und Jahn Kubert gründeten schließlich das »Radikalökologische Forum«. Dieses sah sich als das »ökologische Gewissen« der Partei und favorisierte als zukünftiges Gesellschaftsmodell eine Art vorindustrielle Räte-Demokratie. Man wollte die Industriegesellschaft überwinden, die Wirtschaft konsequent deindustrialisieren und ein Leben in Einklang mit der Natur führen. Das Leben und die Produktion sollten in kleinen, dezentralen Selbstversorger-Kommunen stattfinden. Dies erhofften sie durch den Protest der »Neuen Sozialen Bewegungen« zu erreichen, der die etablierte Gesellschaftsordnung in naher Zukunft derart unter Druck setzen werde, dass diese schlussendlich zusammenbreche.

3.2.4 Die Geschichte der grünen »Grabenkämpfe« ab 1987

Auch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 und der Bruch des rot-grünen Bündnisses in Hessen im Februar 1987 führten zu einer weiteren Verschiebung der innerparteilichen Gewichte zugunsten des fundamentalistischen Flügels. Das ganze Jahr 1987 war durch heftige Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen der Grünen geprägt. Da eine Parteisplaltung nicht mehr auszuschließen war, fand schließlich im Dezember 1987 in Bonn eine Krisen-Klausur statt, auf der Bundesvorstand, Bundestagsfraktion und die Landesvorstände der Partei über die Krise berieten.

Nachdem auch die im Januar 1988 entstandene Gruppe »Grüner Aufbruch« aufgrund sehr deutlicher Parteinahme zugunsten der Realos ihre selbsterklärte innerparteiliche Vermittlerfunktion nicht erfüllen konnte, wurde schließlich für den Juni 1988 ein grüner »Perspektivenkongress« angesetzt, auf dem die politischen Vorstellungen der verschiedenen Strömungsgruppen diskutiert und möglichst zu einem Kompromiss gebracht werden sollten. Der aber war schon vor Beginn zum Scheitern verurteilt, da die Realos im Vorfeld eine Reihe von politischen Forderungen öffentlich machten, die die innerparteilichen Kontroversen eher anfachten als abmilderten. Das einzig greifbare Ergebnis des Perspektivenkongresses der Grünen bestand schließlich darin, dass sich

³⁰ von 1984 bis 1988 eine von drei Sprecher bzw. Sprecherinnen der grünen Bundespartei

eine weitere innerparteiliche Strömung bildete: das »Linke Forum«, das durch Abspaltung von den Ökosozialisten hervorging.

Die Fundi-Realo-Kontroverse bestimmte also das innerparteiliche Leben und die öffentliche Wahrnehmung der Grünen bis in das Jahr 1988 hinein, wobei die Fundis lange Zeit die Oberhand behielten. Ende der 1980er aber kam das innerparteiliche Machtgefüge schließlich in Bewegung, eine Neuorientierung entstand und programmatischer Inhalt wurde über Bord geworfen. In der öffentlichen Wahrnehmung verlor der fundamentalistische Flügel der Partei zunehmend an Boden.

Nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 kam es erneut zu einer Polarisierung der Grünen: Der Umbruch der politischen Landschaft durch die revolutionären Umwälzungen im Osten, die Auseinandersetzung um die Einheit oder die Zweistaatlichkeit Deutschlands, die Entstehung der PDS 1990 und der bevorstehende Zusammenschluss mit dem ostdeutschen »Bündnis 90«, das sich primär als wertkonservative Bürgerrechtspartei verstand – all das führte dazu, dass sich nach der grundsätzlichen Überwindung der Fundi-Realo-Kontroverse die Konflikte jetzt wieder stärker an ideologischen Grundsätzen entzündeten. Allerdings waren marxistische Politikentwürfe durch den Zusammenbruch des real-existierenden Ostblock-Sozialismus derart gründlich abgewertet, dass sich die linken Gruppen der Grünen nicht mehr erfolgreich durchsetzen konnten. Somit hatte die Partei zwar aus Sicht der Realos rechtzeitig vor der Bundestagswahl 1990 einigen ideologischen Ballast abgeworfen; Trotzdem wurde diese Bundestagswahl – wie gezeigt – ein Misserfolg.

Diese Wahlniederlage hatte insofern aber einen disziplinierenden Effekt auf die Partei, als allen Beteiligten die Notwendigkeit einer Professionalisierung der Parteiarbeit deutlich vor Augen geführt worden war. In den Folgejahren dominierten augenscheinlich die Realos das öffentliche Bild der Grünen und der klar reformpolitische Kurs war innerparteilich nun weitgehend unumstritten.

Nach dem Erfolg der Grünen bei der Bundestagswahl 1994 sowie einer ganzen Reihe von Regierungskoalitionen mit grüner Beteiligung in den Bundesländern schienen sich die Grünen erfolgreich zur realistischen Reformpartei gewandelt zu haben; auch wenn die im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998 enthaltenen Punkte – vor allem die Benzinpreiserhöhung und die Ablehnung des Bosnien-Einsatzes der Bundeswehr – zur öffentlichen Einschätzung führten, die Grünen würden langsam wieder zu ihrer fundamentalistischen Orientierung zurückkehren.

Bei der Bundestagswahl 1998 erzielten die Grünen dann 6,7 % der Stimmen und koalitierten schließlich zum ersten Mal auch auf Bundesebene mit der SPD. In der Regierungsverantwortung wurden die Grünen aber innerhalb kürzester Zeit auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt: Nur gut sechs Monate nach dem Amtsantritt von Rot-Grün flog die NATO im März 1999 die ersten Bombenangriffe auf Jugoslawien. Der Kosovo-Krieg begann und die Regierungs-Grünen mussten ihn mittragen. In den Folgemonaten kam es daraufhin innerhalb der grünen Partei wiederum zu Spannungen. Aus den Reihen der innerparteilichen Bewegung »Basisgrün«, die für sich in Anspruch nahm, die Interessen und Anliegen der Parteibasis zu verteidigen, wurde gar dazu aufgerufen, bei den Europawahlen im Juni 1999 nicht für die Grünen zu stimmen.

3.2.5 Die zweite Generation

Nicht zuletzt dieser Aufruf führte dazu, dass eine Gruppe von 40 jungen Parteimitgliedern unter dem Titel »Bündnis 90/ Die Grünen haben eine zweite Chance verdient« ein Thesenpapier zur Zukunft der Grünen vorstellte. Darin hieß es unter anderem – an die Gründungsgeneration der Grünen gerichtet: »Schluss mit den Geschichten von 68: Wir verstehen gut, dass der Gründergeneration der Schritt von der Bewegung zur Partei schwer fällt. Sahen sie sich doch selbst in den wilden Tagen von 68 und danach als Avantgarde einer gesellschaftsändernden Bewegung. Sie haben damit viel erreicht, hierfür herzlichen Dank und eine Bitte. Hört auf, die Republik mit den Geschichten von damals zu nerven. Aktionsformen, die damals richtig waren, sind es heute noch lange nicht.« Bezüglich des deutschen Wirtschaftssystems: »Zumindest uns als zweite Generation interessiert es nicht, wie ihr euern Frieden mit der sozialen Marktwirtschaft gemacht habt. Hauptsache, es ist so. Für uns stellte sich die Systemfrage nur kurz, dann war für uns klar, dass wir ja zu diesem System sagen, obwohl wir seine Fehler erkennen und beheben wollen.«³¹

Entgegen den Vorstellungen von Basisgrün forderte also die zweite Generation – von Parteilinken oft belächelnd als die »Jungen Mildern« bezeichnet - einen radikalen Bruch mit den Traditionen und eine grundlegende Neupositionierung der Partei: »Wir wollen das brachliegende geistige Erbe des verantwortungsvollen Liberalismus aufnehmen und mit dem Eintreten für Ökologie und Generationengerechtigkeit verbinden. Mit diesem Konzept würden die Grünen wieder die Lücke füllen, die SPD und CDU lassen. Sie wären wieder eine Alternative zu dem klassischen Politikangebot.«³¹

3.3 Der Wandel in den grünen Grundsatzprogrammen

Im März 2002 verabschiedeten Bündnis 90/ Die Grünen ein neues Parteiprogramm, das ihr seit 1980 geltendes »Bundesprogramm« ablöste. Unter der Überschrift »Die Zukunft ist grün« arbeiteten die Grünen in ihrem neuen Programm ihre wechselhafte Geschichte und ihre vielfältigen Veränderungen auf, die die Partei in den letzten beiden Jahrzehnten durchlebt hat.

In der Präambel heißt es: »Inzwischen sind wir nicht mehr >Anti-Parteien-Partei<, sondern die Alternative im Parteiensystem. Die entscheidende Veränderung war, dass wir uns zu einer Reformpartei entwickeln wollten und mussten, um erfolgreich zu bleiben. Unsere politischen Visionen und Ziele wollen wir heute durch eine langfristig angelegte Reformstrategie erreichen.«³² Mit dem neuen Grundsatzprogramm bilanzieren sie also gewissermaßen ihren Weg von der systemkritischen »Anti-Parteien-Partei« zur staatstragenden Reformpartei. Wie groß die Veränderungen sind, die die Partei ihren politischen Zielen und Werten durchlebt hat, wird besonders deutlich, wenn man das neue Grundsatzprogramm mit seinem Vorgänger vergleicht:

³¹ Klein/ Falter, Der lange Weg der Grünen, S. 64 bzw. 65

³² Die Zukunft ist grün, Parteienprogramm von Bündnis 90/ Die Grünen, S. 21

3.3.1 Das »Bundesprogramm« von 1980³³

Dieses war in vielerlei Hinsicht ein »Kompromisspapier«. Es wurde zu einem Zeitpunkt verabschiedet, als das parteiinterne ideologische Spektrum noch sehr viel größer war als heute. Und da alle Strömungen und Richtungen innerhalb der Partei berücksichtigt werden sollten, stellte das erste Grundsatzprogramm der Grünen zum Teil nicht mehr als eine Art programmatischen »Wunschzettel« dar, auf dem inhaltlich sehr verschiedene und teilweise auch widersprüchliche Forderungen aufgelistet wurden. Trotzdem hatte das erste Grundsatzprogramm der Grünen in seiner Gesamtheit eine deutlich systemkritische Färbung.

Als die vier wichtigsten programmatischen Grundsätze grüner Politik wurden in der Präambel des Bundesprogramms von 1980 die Prinzipien »ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei« genannt. Die Ökologie war gewissermaßen das Bindeglied der verschiedenen Gruppen - Sie erhielt aber eine deutliche antikapitalistische Ausrichtung. Die ökologische Krise wurde letztlich als Ergebnis der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verstanden und das Parteienprogramm dementsprechend in marxistisch gewähltem Vokabular formuliert. Wie die erklärten idealistischen Ziele zu finanzieren seien, ließen die Grünen aber sicherheitshalber offen: unter der Kapitelüberschrift »Steuern, Währung und Finanzen« hieß es über zwanzig Jahre hinweg bezeichnenderweise: »Dieser Programmteil wird noch überarbeitet«.

Das Prinzip der Basisdemokratie war sowohl auf die innerorganisatorische Gestaltung der Parteien als auch auf die Gestaltung der deutschen Demokratie insgesamt ausgelegt. Unter basisdemokratischer Politik wurde dabei die »verstärkte Verwirklichung dezentraler, direkter Demokratie« verstanden. Bezüglich der politischen Parteien hieß es: »Kerngedanke ist [...] die ständige Kontrolle aller Amts- und Mandatsinhaber und Institutionen durch die Basis (Öffentlichkeit, zeitliche Begrenzung) und die jederzeitige Ablösbarkeit, um Organisation und Politik für alle durchschaubar zu machen und um der Lösung einzelner von ihrer Basis entgegenzuwirken.«

Das grüne Gewaltfreiheitsprinzip basierte auf der Prämisse, dass »humane Ziele nicht mit inhumanen Mitteln erreicht werden können.« Die Grünen stellten sich also grundsätzlich gegen jede Anwendung zwischenstaatlicher Gewalt durch Kriegshandlungen und forderten eine »einseitige Abrüstung« des Westens.

Die Übernahme von Regierungsverantwortung war zu dieser Zeit völlig ausgeschlossen, da die Politik der etablierten Parteien ihrer Ansicht nach »weder ökologische Gesichtspunkte noch die langfristigen Interessen der Bevölkerung« berücksichtigte und deren Hauptziel in einem »zerstörerischen« Wachstum der Wirtschaft zu sehen sei.³⁴

³³ Zitate aus: Klein/ Falter, der lange Weg der Grünen, S. 71 bis S. 86

³⁴ Klein/ Falter, der lange Weg der Grünen, S. 75

3.3.2 Der »Grundkonsens« von 1993³⁴

Mit dem Zusammenschluss der ostdeutschen Bürgerrechtspartei Bündnis 90 und den westdeutschen Grünen entstand die Notwendigkeit, die programmatischen Gemeinsamkeiten der beiden sich vereinigenden Parteien in einem so genannten »Grundkonsens« festzustellen. Dieser im Jahr 1993 festgelegte Grundkonsens war ein bedeutender Zwischenschritt auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm des Jahres 2002.

Die folgenden sechs Grundwerte wurden dabei von der neugegründeten Partei »Bündnis 90/ Die Grünen« als Richtlinien ihres politischen Handelns explizit genannt: Menschenrechte, Ökologie, Demokratie, Soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung von Mann und Frau, Gewaltfreiheit. Die Reihenfolge dieser Werte ist maßgeblich für die Wandlung der Grünen: Im Vordergrund stand nun nicht länger der Grundwert Ökologie, sondern vielmehr die Idee der Menschenrechte. Diese neue Prioritätensetzung lag darin begründet, das als kleinster gemeinsamer Nenner vorerst nur die Orientierung an den Menschen- und Bürgerrechten gefunden wurde.

Noch weiter nach hinten rückte aber der Wert der sozialen Gerechtigkeit, der nach dem Parteiaustritt der meisten Ökosozialisten an Bedeutung verloren hatte. Der Begriff der Basisdemokratie war im Grundkonsens – anders als in der Satzung – nicht mehr zu finden. Der Grundwert der Demokratie aber nahm immer noch eine zentrale Rolle ein: »Deshalb werden wir mit aller Kraft für eine Demokratie kämpfen, die diesen Namen verdient. [...] Wir treten daher für eine breite Entfaltung aller Formen der Selbstbestimmung und der direkten Demokratie ein«.

In Bezug auf den Grundwert der Gewaltfreiheit bleiben die Grünen aber dabei, dass Krieg und Kriegsdrohung mit hochtechnologischen Waffen »schlimmste, illegitime Gewalt« darstelle. Deshalb strebten sie »eine umfassende Abrüstung und Entmilitarisierung der Gesellschaft an« und lehnten »Krieg als Mittel der Konfliktlösung« ab.

Neu hinzu kam die Gleichstellung von Mann und Frau, die eine eigenständige explizit formulierte Zielsetzung darstellte.

Das Papier ist deutlich an einer pragmatischen Reformpolitik orientiert: Auch zur Beteiligung an Regierungskoalitionen erklärte man sich bereit. Der Grundkonsens war somit also sehr viel weniger systemkritisch, als es noch das Bundesprogramm von 1980 war. Die Grünen konnten sich aber dennoch nicht mit der Marktwirtschaft anfreunden: »Unsere Ablehnung der sozialistischen Misswirtschaft beinhaltet keine pauschale und automatische Zustimmung zum kapitalistischen Wirtschaftssystem«.

3.3.3 »Die Zukunft ist grün«: Das neue Parteienprogramm von 2002

Das im Jahr 2002 verabschiedete neue Grundsatzprogramm der Grünen zeichnet sich gegenüber den beiden anderen Papieren durch einen völlig neuen, weniger systemkritische Einstellung aus. Es nimmt ebenso wie der Grundkonsens von 1993 Bezug auf eine Reihe von Grundwerten, die im Zentrum grüner Politik stehen sollen. In der Präambel erklären die Grünen: »Uns eint, uns verbindet ein Kreis von Grundwerten, nicht eine Ideologie. Aus vielfältigen Wurzeln sind BÜNDNIS

90/ DIE GRÜNEN zusammengewachsen. Wir haben als Partei der Ökologie linke Traditionen aufgenommen, wertkonservative und auch solche des Rechtsstaatsliberalismus. Die Frauenbewegung, die Friedensbewegung und die Bürgerrechtsbewegung in der damaligen DDR haben das Profil unserer Partei mit geprägt. In Ost wie West waren Christinnen und Christen an der Entwicklung von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN aktiv beteiligt. So haben wir zu einer eigenständigen politischen und gesellschaftlichen Perspektive zusammengefunden. Unsere Grundposition heißt: Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Mit gleicher Intensität treten wir ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte. In ihrer Wechselbeziehung öffnen diese Grundsätze den Horizont bündnisgrüner Visionen.«³⁵

Geändert haben sich im Vergleich zum Grundkonsens 1993 Zahl, Reihenfolge und auch der Inhalt der Grundwerte: Als wichtigster Wert der grünen Partei wird nun wieder die Ökologie in den Vordergrund gerückt. Als weitere zentrale Grundwerte folgen: Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Demokratie. Menschenrechte und Gewaltfreiheit werden im Rahmen des neuen Grundsatzprogramms nicht mehr als eigenständige grüne Grundwerte ausgewiesen, sondern eher als Prinzipien grüner Politik, die sich unmittelbar ableiten lassen.

Akzente setzen die Grünen auch auf Nachhaltigkeit, die eine Art Schlüsselkategorie ausmacht: »Nachhaltigkeit bedeutet die zukunftsfähige Verbindung von ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung. Dabei ist die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen unser zentrales Anliegen. Produktion und Konsumtion müssen so gestaltet werden, dass sie nicht heute die Lebenschancen von morgen zerstören« (S 10). Und weiter: »Wir wollen das Leitbild der Nachhaltigkeit zum Maßstab unserer Lebens- und Wirtschaftsweise machen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet nichts anderes, als dass angesichts begrenzter ökologischer Spielräume durch erhöhte Ressourceneffizienz und Ressourceneinsparung in der Wirtschaft und die Etablierung alternativer Konsummuster der Spielraum für die sozialen Entwicklungschancen der Menschen in den Ländern des Südens geschaffen wird und die Befriedigung der Bedürfnisse heutiger Generationen nicht zu Lasten kommender Generationen gehen darf« (S. 27).

Wirtschaftsbezogene Ausführungen des Grundsatzprogramms sind im Vergleich zum Bundesprogramm von 1980, sowie dem Grundkonsens von 1993 generell realistischer einzustufen. Zudem wird eine grundlegende Neubewertung der bislang so abgelehnten Marktwirtschaft vorgenommen: Die ökologische Frage wird als im Rahmen der Marktwirtschaft prinzipiell lösbar angesehen: Konkret nämlich durch Einführung und Ausweitung von Ökosteuern. Mit Bezug auf die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland finden sich in dem neuen Grundsatzprogramm der Grünen ebenfalls einige sehr aufschlussreiche Formulierungen: So betonen die Grünen, dass es ihnen nicht um den Ersatz der repräsentativen Demokratie durch eine grundlegend andere Form der Demokratie gehe. Sie wollen den Parlamentarismus stärken, gleichzeitig aber den Bürgern neue, direktere Beteiligungsformen eröffnen.

³⁵ Präambel, Die Zukunft ist grün., Parteienprogramm von Bündnis 90/ Die Grünen; S. 9/10

Eine sehr deutliche Abkehr von früheren Programmgrundsätzen wird auch mit Bezug auf das – nun untergeordnete – Prinzip der Gewaltfreiheit deutlich. Hier erkennen die Grünen de facto erstmals den Krieg als politische Ultima Ratio an. »Wir wissen aber auch, dass sich die Anwendung rechtsstaatlich und völkerrechtlich legitimer Gewalt nicht immer ausschließen lässt. Wir stellen uns diesem Konflikt, in den gewaltfreie Politik gerät, wenn völkermörderische oder terroristische Gewalt Politik verneint« (S. 15) – »Für uns war von jeher eine der wichtigsten politischen Aufgaben, an einer „Kultur der Prävention“ mitzuwirken. Zivile Konfliktprävention hat für uns Vorrang vor einer militärischen Krisenreaktion.« Das Parteienprogramm geht hierbei auch auf den Kosovo- Krieg ein, dem die Grünen als Koalitionspartner der regierenden SPD 1999 zugestimmt hatten: »Wir haben im Falle des Kosovo nach einer intensiven Diskussion eine schwere Entscheidung mitgetragen.« (S.164)

Das Grundsatzprogramm des Jahres 2002 ist insgesamt also sehr viel weniger provokativ als das Bundesprogramm des Jahres 1980. Auch ist es kein zusammengestückeltes »Kompromisspapier« mehr, sondern ein »argumentativ relativ ausgefeiltes, in sich geschlossenes Gesamtkonzept«³⁶ grüner Politik; Gleichzeitig jedoch viel weniger ideologisch als das Bundesprogramm von 1980.

Das neue Grundsatzprogramm spiegelt aber auch die durch die Regierungsbeteiligung der Grünen erforderlich gewordenen Kompromisse und Kurskorrekturen wider. Während beispielsweise das erste Grundsatzprogramm der Grünen mit Bezug auf die Atomenergie klare Forderungen enthielt, nämlich einen sofortigen »Genehmigungs- und Baustopp für Atomkraftwerke und Betriebsstopp für bereits im Betrieb befindliche Atomanlagen«, klingen die entsprechenden Passagen im Programm »Die Zukunft ist grün« angesichts der eher kümmerlichen Realität des »Atomkompromisses« viel vorsichtiger: »Die Atomkraft ist keine verantwortbare Option für die Energiewirtschaft der Zukunft. [...] Die Atomkraft ist keine Lösung für das Energieproblem, sie schafft nur unkalkulierbare neue. Deshalb muss der Atomausstieg innerhalb der gesetzlichen Regelungen beschleunigt zu Ende gebracht werden.«. (S 30)

4 Schluss: Notwendigkeit politischer Flexibilität?

Bedeutung der Grünen für Deutschlands politisches System

»Beim Einzug in den Bundestag 1983 herrschte der spätere Innenminister Rudolf Seiters die Neulinge in den Strickjoppen noch an, sie „gehörten nicht hierher“.«³⁷ - Eine solche Äußerung Otto Schilys im Jahre 2004 erschiene absurd.

Angesichts des Ursprungs der grünen Partei in den außerparlamentarischen Bewegungen scheint aber die grüne Partei von heute – nun schon zum zweiten mal erfolgreich an der Bundesregierung beteiligt – geradezu im Widerspruch zu den Idealen und Grundwerten ihrer Gründer zu stehen.

³⁶ Klein/ Falter, Der lange Weg der Grünen, S. 85

³⁷ DER SPIEGEL, 4/ 2004, 29.01.2004, S. 66

Nachdem sich aber gezeigt hatte, dass es einer kleinen »Anti-Parteien-Partei« unmöglich war, weder den ersehnten Umsturz des politischen Systems, noch die hochgesteckten gesellschaftspolitischen Ziele zu bewerkstelligen, ergaben sich für die Grünen grundlegende Streitfragen, die die Partei bis ins Jetzt maßgeblich geprägt haben. So entwickelten sich innerparteilich verschiedene Strömungen, die ihre jeweils eigene Antwort auf diese Fragen wussten. Während die »Fundis« auf ihre ideologischen, aber teilweise realitätsfernen Ziele beharrten, gaben die »Realos« gewisse Grundwerte um den Preis eines Kompromisses bei, der sie dafür aber zu höherer Gesellschaftstauglichkeit befähigte.

Durch die verschiedenen genannten Einflüsse entwickelte sich so die grüne Partei von einer systemkritischen zu einer staatstragenden Partei – nach dem stetig voranschleichenden Niedergang der liberalen Partei F.D.P. nun sogar zur drittstärksten in der Bundesrepublik. Die Grünen haben es also tatsächlich geschafft, neue Werte und Ideale in das bundespolitische System zu integrieren, das das klassische Parteienangebot bis dahin nicht bieten konnte.

Von Zeit zu Zeit war es zwar notwendig, gewisse Anpassungen und Übereinkommen einzugehen, wollte man die hart erkämpfte Position nicht gefährden. Die dadurch veranlassten Veränderungen in der Parteistruktur, sowie in der Hierarchie grüner Grundwerte, die sich in den einzelnen programmatischen Schriften und Parteibeschlüssen manifestieren, haben aber dennoch nie die ursprünglichen Motive verleugnet. Bündnis 90/ Die Grünen vertreten nun als parteilicher Repräsentant die Werte und Ideale ihrer Vorväter – wenn auch in weit weniger radikalen Formen und in weit geringerer gesinnungsethischer Konsequenz.

Die Wandlung der bündnisgrünen Partei versinnbildlicht den demokratischen Prozess: In Kompromissfähigkeit und in der Fähigkeit zur (politischen) Wandlung zeigt sich, dass die deutsche pluralistische Demokratie funktioniert. In nur zwanzig Jahren gelang es den Grünen, sich von ihrer erfolglosen außerparlamentarischen in eine erfolgreiche innerparlamentarische Position zu bringen, die es ihr ermöglichte, sogar bis zu den obersten Machträgern der deutschen Politik vorzudringen.

5 Bibliographie

- Klein M., Falter J. W.: Der lange Weg der Grünen – Eine Partei zwischen Protest und Regierung, Verlag C.H. Beck oHG, München 2003
- BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN [Hrsg.]: »Die Zukunft ist grün.«, Grundsatzprogramm, o.O., April 2002
- BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN [Hrsg.]: »Grüne Chronik«, o.O., o.J.
- Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit [Hrsg.]: „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, München 1999
- Dettmer Markus, von Hammerstein Konstantin, Hornig Frank, Leinemann Jürgen, Neubacher Alexander, Palmer Hartmut, Reiermann Christian, Sauga Michael, Schäfer Ulrich, Schult Christoph, Steingart Gabor: „Mehrheit ist Mehrheit“. In: DER SPIEGEL, Wahlsonderheft '02 - 24.9.2002, S. 8.
- Tina Hildebrandt, Ralf Neukirch, Christoph Schult: „Leitganter auf Abwegen“. In: DER SPIEGEL, 4/ 2004, 19.01.2004, S. 66 f.
- Hans Halter: „Im fernen Reich der Freiheit“ In: DER SPIEGEL, 14/ 2003, 31.03.2003, S. 82
- „Grüne – Wer wird Spitze?“, In: DER SPIEGEL, 2/ 2002, 07.01.2002, S. 17

Internetseiten:

- „1969 – Mehr Demokratie wagen“, Internetseite
„http://www.bundestag.de/info/parlhist/g1960_8.html“, aufgerufen am 29.01.04
- Weißer, Mechthild: „Bündnis 90/Die Grünen“, Internetseite
„http://de.encarta.msn.com/encyclopedia_761594786_2/B%C3%BCndnis_90_Die_Gr%C3%BCnen.html“, aufgerufen am 09.01.2004
- „Otto Graf Lambsdorff“, Internetseite
„<http://www.net-lexikon.de/Otto-Graf-Lambsdorff.html>“, aufgerufen am 29.01.2004
- „Neben Amt auch Mandat“, Internetseite
„http://www.wdr.de/themen/politik/nrw/gruene_aemtertrennung/ergebnis_urabstimmung.jhtml?rubrikenstyle=politik“, vom 23.05.2003 aufgerufen am 17.01.2004,
- „Grundsatzprogramm“, Internetseite
„http://www.gruene-partei.de/rsvgn/rs_rubrik/0,,654,00.htm“, aufgerufen am 25.01.2004
- „Grüne Chronik“, Internetseite
„http://www.gruene-partei.de/rsvgn/rs_rubrik/0,,780,00.htm“, aufgerufen am 25.01.2004
- Slogans der Bundestagswahlen, Internetseite
„<http://www.lzpb.nrw.de/wahlen/HTML/ARCHIV/SLOGANS.HTM>“, aufgerufen am 29.01.2004
- „Jahreschronik 1980“, Internetseite
„<http://autox.nadir.org/archiv/chrono/1980.html>“, aufgerufen am 25.01.2004
- „Joschka Fischer: Vordenker der Realos“, Internetseite
„<http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/25/0,1872,2003033,00.html>“, aufgerufen am 29.01.2004